

## Gesundheit in Deutschland – Vorreiterrolle der „Gesunden Städte“?

Aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums des Gesunde Städte-Netzwerks lautete der optimistische Titel eines Symposiums im Plenarsaal des Frankfurter Römers „Gesundheit in Deutschland – Vorreiterrolle der Gesunden Städte“. Die Stadt Frankfurt am Main ist eine der zehn Gründungskommunen. Heute gehören über 70 Städte und Kreise dem Netzwerk an. Das Frankfurter Gesunde Städte-Projekt ist darin als Kompetenzzentrum für Migration und öffentliche Gesundheit anerkannt.

War der ambitionierte Titel für diese Veranstaltung der Städte und Gemeinden eigentlich angemessen? Ist Gesundheit in Deutschland heute nicht vielmehr eine Sache des schier unendlichen medizinischen Fortschritts, von dem die Öffentlichkeit bei uns fast tagtäglich erfährt? Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung scheint den Herausforderungen vor Ort entrückt zu sein und sie beansprucht selbst eine Vorreiterrolle zusammen mit ihren häufig zitierten Partnern im Gesundheitswesen. Das sind Ärzteverbände, Pharmaunternehmen und Krankenkassen. Gestritten wird über die Kosten der Krankheitsbekämpfung und die Verteilung der Versi-

chertenbeiträge. Gesundheitsförderung und primäre Prävention werden zwar hier und da gefordert, dürfen aber nichts kosten. Vor diesem Hintergrund konnte trotz wechselnder Regierungsmehrheiten das bereits seit dem Jahr 2000 geplante Gesundheitsförderungs- und Präventionsgesetz nicht verabschiedet werden, weil ihm letztlich keine politische Priorität eingeräumt wurde.

Der Deutsche Städtetag hat die gesundheitspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung immer wieder kritisch beurteilt. Aus seiner Sicht wird die Rolle der Kommunen bei der primären Prävention systematisch verkannt. Auch das Gesunde Städte-Netzwerk hat sich bei den Anhörungen im Bundestag mehrfach entsprechend geäußert. Dabei hatte sich bereits seit den 90er Jahren das Verständnis von wirksamer Prävention auch in Deutschland verändert. Ausgangspunkt war die Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation (siehe Kasten). Die verschiedenen Entwürfe zum Präventionsgesetz enthielten erstmals eine Definition für den Begriff Lebenswelten. Das dahinter liegende Konzept geht davon aus, dass Maßnahmen der primären Prävention

### Kommunalpolitik, Selbsthilfe und Salutogenese

Die Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom 22. Juli 1946 enthält die berühmte Aussage:

- „Gesundheit ist der Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit und Gebrechen.“
- Es handelt sich dabei um eine universelle und zeitlose Formulierung, über die sich aber Mediziner immer wieder beklagten. Sie sei utopisch und nicht anwendbar. Eine historische Wende für die öffentliche Gesundheitspolitik leitete dann die Ottawa-Charta ein, die am 21. November 1986 verabschiedet wurde.
- Nur wenn Menschen ihre soziale, kulturelle und materielle Umwelt beeinflussen können, so die Ottawa-Charta, haben sie die Chance, ein umfassendes körperliches, geistiges und seelisches Wohlbefinden zu erlangen.

Bürger- und Laienbeteiligung sind deshalb unverzichtbar für Gesundheitsförderung und Primärprävention. In der Kommunalpolitik und in der Selbsthilfebewegung findet diese Erkenntnis bis heute am ehesten ihren Ausdruck.

- Eine wichtige theoretische Grundlage der Gesundheitsförderung ist das Konzept der Salutogenese: Wenn wir davon ausgehen, dass Stress- und Risikofaktoren aus dem menschlichen Leben und dem Alltag nicht wegzudenken sind, hängt unsere Gesunderhaltung von Widerstandsressourcen ab. Das sind ein gutes Immunsystem, gute Ernährung, Bildung, gute Arbeits- und Wohnbedingungen, ein gutes soziales und politisches Klima. Wir alle müssen uns darum kümmern, ebenso wie jede/r Einzelne.
- Deshalb sind Gesundheitsförderung und Bürgerbeteiligung so eng miteinander verknüpft.

und Gesundheitsförderung nur gelingen, wenn sie den einzelnen Menschen in seinem jeweiligen Lebenszusammenhang erreichen. Lebenswelten sind abgrenzbare soziale Systeme, die für die Gesundheit bedeutsam sind. Wohnen, Arbeiten, Lernen, Freizeitgestaltung einschließlich Sport und Spielen gehören unbedingt dazu. Hier wird sehr deutlich, dass primäre Prävention und Gesundheitsförderung ohne die kommunale Selbstverwaltung nicht nachhaltig geplant und umgesetzt werden können. Anders ausgedrückt: Ohne die Kommunen und die Beteiligung der Bürger geht es nicht.

Ähnlich wie in der Bildungspolitik steht man heute in der gesundheitlichen Präventionspolitik vor lauter ungelösten Fragen. Das betrifft nicht nur die verkannte Rolle der Kommunen, sondern auch die Finanzierung der lebensweltlichen Gesundheitsförderung. Weder der Bund noch die Länder haben Verpflichtungen übernommen, die den Kommunen nützen bzw. diese unterstützen. So bleibt es dabei, dass nur Städte und Gemeinden im freiwilligen Zusammenschluss des Gesunde Städte-Netzwerkes effektive Wege zur Gesundheitsvorsorge für Ihre Bürgerinnen und Bürger beschreiten. In Hessen gehören dazu Kassel, der Landkreis Gießen, Viernheim, Darmstadt und Frankfurt am Main. Jede Kommune hat sich verpflichtet, im Sinne der Ottawa-Charta der WHO und des Neun-Punkte-Programms des deutschen Netzwerkes die gesundheitlichen Bedingungen für ihre Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

In Frankfurt am Main stehen dabei die Vernetzung vielfältiger Institutionen und Politikbereiche sowie die Gesundheitsförderung in den Stadtteilen und Quartieren im Fokus. Kommunale Gesundheitsinitiativen interkulturell – kurz KoGis genannt – haben schon viel in der Stadt bewegt, wie z.B. eine Expertise des Nürnberger Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zeigt. Danach sind KoGis in Frankfurt am Main Vorbild für „verbindliche Kooperationen von Kommunen und Migrantenorganisationen“ in Deutschland. Hoffentlich erhalten in Zukunft die Gesunden Städte eine stärkere Vorbildfunktion auch in der Gesundheitspolitik von Bund und Ländern. Nur dann ist zu erwarten, dass immer mehr Menschen einen positiven Einfluss auf ihre Gesundheit gewinnen. Das wäre Prävention im besten Sinne und „Medizin im Großen“ wie Rudolf Virchow vor 150 Jahren formulierte. Er gilt bis heute als einer der bedeutendsten modernen Mediziner.

## Stadtteilbezogene Maßnahmen der Gesundheitsförderung in Frankfurt am Main

### Gesundheitszentrum Schwanheim

Das Gesundheitszentrum Schwanheim ist seit 1997 im traditionsreichen Wilhelm-Kobelt-Haus angesiedelt. Das Zentrum arbeitet auf der Basis der Gesunde Städte-Konzeption. Träger der Einrichtung ist das Amt für Gesundheit. Die Servicestelle BürgerInnenbeteiligung (Träger: Selbsthilfe e.V.) koordiniert das Raummanagement und das Informationsangebot in inhaltlicher Abstimmung mit dem Gesunde Städte-Projekt. Die Angebote des Gesundheitszentrums umfassen Themen wie Yoga, Bewegung für Babys und Kinder, Gymnastik sowie Treffen von Selbsthilfegruppen. Die Kursangebote (z. B. Ausgleichsgymnastik, Yoga) sind größtenteils kostenpflichtig und werden pro Jahr an etwa 200 verschiedenen Terminen genutzt. Die kostenfreien Angebote (z. B. Babytreff, Selbsthilfegruppen) finden an rund 100 verschiedenen Terminen im Jahr statt.



## Psychische Gesundheit

- Kinder von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen, z.B. in schlechten Wohngebieten, oder Kinder mit Migrationshintergrund leiden häufiger unter Ängsten und Depressionen.
- Nach einer deutschlandweiten Untersuchung des Robert-Koch-Instituts (KiGGS-Studie) bedingen ein stressbelastetes Familienklima sowie ein niedriger Sozialstatus eine bis zu dreifach erhöhte Wahrscheinlichkeit für psychische Auffälligkeit. Darüber hinaus sind Kinder mit Migrationshintergrund häufiger betroffen als Kinder von Nichtmigranten.
- Bei Essstörungen wie Ess-Sucht oder Ess-Brech-Sucht ist die Häufigkeit der auffälligen Kinder und Jugendlichen mit niedrigem sozioökonomischem Status der KiGGS-Studie zufolge mit 27,6 Prozent fast doppelt so hoch wie in Familien aus den oberen Sozialschichten.

Bertelsmann Stiftung 2010; Basispublikationen Robert Koch-Institut (RKI) 2007

## Gesundheitsförderungsprojekt Nordweststadt

Das mit Beginn des Jahres 2009 begonnene Projekt heißt „Kommunales Gesundheitsnetzwerk – interkulturelle Zugänge schaffen“. Es handelt sich um ein zweijähriges Modellprojekt, das von der Techniker Krankenkasse finanziell gefördert wird. Voraussetzung für die Teilnahme war die Mitgliedschaft der Stadt Frankfurt im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik. In der Nordweststadt kooperiert das Gesunde Städte-Projekt mit der Servicestelle BürgerInnenbeteiligung und dem lokalen Quartiersmanagement der Diakonie Frankfurt am Main. Es wurde erreicht, dass fünfzehn Einrichtungen und Vereine des Quartiers sich in einer „Gesundheits-AG Nordweststadt“ zusammenschlossen, die sich regelmäßig in den Räumen der verschiedenen Einrichtungen trifft. Neben der Planung und Umsetzung einer quartiersbezogenen Vernetzung aller Gesundheitsakteure werden hier Stadtteil-Gesundheits-

konferenzen vorbereitet. Die erste fand im November 2009 mit 25 Teilnehmer/innen im Nordwestzentrum statt. Thema war die Förderung der Familiengesundheit, die Darstellung möglicher Stressoren und die Diskussion geeigneter Lösungen auf Quartiersebene. Beschlossen wurde die Entwicklung eines entsprechenden Konzepts im Rahmen der Gesundheits-AG Nordweststadt, das inzwischen vorliegt.



## Gesundheitskompetenz

- Fehlende Informationen über Gesundheit sind häufig die Folge von Armut, Behinderungen, aber auch von kultureller Benachteiligung.
- Fehlende kulturelle Basiskompetenzen schränken die Gesundheitskompetenz in unserer hochentwickelten Gesellschaft auf Dauer ein. Dazu gehören fehlende Sprachkenntnisse. Oft unterschätzt wird aber z.B. auch der Anteil der Menschen mit fehlenden Grundkompetenzen beim Lesen, Schreiben und Rechnen. Im deutschsprachigen Raum haben bis zu 18% der Wohnbevölkerung grosse Mühe mit Lesen und Schreiben.
- Gesundheitskompetenz lässt sich als die Fähigkeit verstehen, im täglichen Leben Entscheidungen zu treffen, die sich positiv auf die Gesundheit auswirken. Dazu gehört z.B. der souveräne Umgang mit allgegenwärtiger „verführerischer“ Werbung.

## **Interkulturelle GesundheitsmediatorInnenarbeit auf gesamtstädtischer Ebene**

Das Gesunde Städte-Projekt hat gemeinsam mit Migrantenvereinen (Maisha e.V., Selbsthilfegruppe afrikanischer Frauen in Deutschland e.V. und Interkultureller Frauentreff Sossenheim e.V.) die interkulturelle Gesundheitsarbeit von Migrantinnen für Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern organisiert. In den letzten fünf Jahren fanden über 110 Veranstaltungen zur interkulturellen Gesundheitsaufklärung mit über 1200 TeilnehmerInnen aus über 50 Ländern in Kirchengemeinden, Moscheen, Vereinen, Kulturzentren, Stadtteil-Beratungseinrichtungen und Schulen statt. Dabei werden Präventions- und Gesundheitsförderungsthemen in den jeweiligen Herkunftssprachen vermittelt.

## **Organisationsentwicklung für die Vielfalt - die Internationale humanitäre Sprechstunden (IHS)**

Das Angebot der Humanitären Sprechstunde des Amtes für Gesundheit besteht seit 2001 und wurde 2009 auf alle Nationalitäten ausgeweitet. Damit können nun alle Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus und ohne Krankenversicherung eine kostenlose Behandlung erhalten.

Durch die Zusammenarbeit mit den Migrantenvereinen und die Informationstätigkeit interkultureller Gesundheitsmediatorinnen soll der einfache Zugang zu dem Angebot nachhaltig organisiert werden. Viele Betroffene ohne Krankenversicherung bzw. bei ungeklärtem Aufenthaltsstatus erfahren so überhaupt erst von dem Angebot der IHS und können Vertrauen dazu entwickeln.

## **Fachkonzept Servicestelle BürgerInnen-Beteiligung**

Die Stadt finanziert seit 1991 die unabhängige Servicestelle BürgerInnen-Beteiligung im Rahmen der Gesunde Städte-Konzeption. Die Aufgabe der Servicestelle BürgerInnen-Beteiligung ist es, Gesundheits- und Bürgerinitiativen mit Rat und Tat, auch durch die Bereitstellung von Räumen und die Organisation öffentlicher Veranstaltungen und Foren zu unterstützen. Neben den stadtteilbezogenen Aktivitäten in Schwanheim und in der Nordweststadt ist insbesondere das Fortbildungsangebot für Gesundheitsinitiativen und Selbsthilfegruppen von Bedeutung. Jedes Jahr finden mehrere Seminare zu unterschiedlichen Themen statt, zum Beispiel:

- Erfolgreiche Pressearbeit
- Fundraising für Selbsthilfegruppen
- Ins Gespräch kommen, präsentieren, interessieren und überzeugen

Im Hinblick auf die Repräsentanz von Selbsthilfegruppen und Gesundheitsinitiativen im bundesweiten Gesunde Städte-Netzwerk führt die Servicestelle BürgerInnen-Beteiligung Versammlungen aller interessierten Gruppen durch, um über den Stand der Gesunde Städte-Arbeit zu informieren und eine/n Frankfurter Vertreter/in der Gruppen für das Netzwerk zu wählen.

## **Förderung der Selbsthilfe und einzelner Selbsthilfegruppen**

Selbsthilfegruppen und Initiativen können im Amt für Gesundheit Anträge auf eine finanzielle Zuwendung stellen, um den finanziellen Aufwand in der ehrenamtlichen und freiwilligen Arbeit der Selbsthilfegruppen und Initiativen nach entsprechender Prüfung bei möglichst geringem Verwaltungsaufwand für die Antragsteller auszugleichen.

Der bereits traditionelle Markt der Frankfurter Selbsthilfegruppen mit rund 100 Ausstellern im Römer stellt eine Mischung aus selbsthilfebezogener Öffentlichkeitsarbeit und dem Angebot inhaltlicher Schwerpunktthemen für die BesucherInnen des Marktes dar. Der Markt wird durch gemeinsame Planungsrunden von MitarbeiterInnen der Selbsthilfe-Kontaktstelle und des Gesunde Städte-Projekts vorbereitet. Organisation und Durchführung liegen bei der Selbsthilfe-Kontaktstelle Frankfurt.

## **Dr. Hans Wolter**

**Dr. Hans Wolter,  
Politikwissenschaftler,  
Gesunde Städte-  
Kordinator im Amt  
für Gesundheit,  
Frankfurt am Main**



**Tel: 0 69.212 - 3 62 70  
hans-georg.wolter@stadt-frankfurt.de**